

Die nächsten Aufgaben der Agitatoren zur Gewinnung der werktätigen Bevölkerung des Dorfes für den Kampf um einen Friedensvertrag und die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1952

Auszug aus dem Referat des Genossen Bruno Langner auf der 1. Zentralen Konferenz der Landagitatoren am 28. und 29. März 1952 in Berlin*

Der Vorschlag der Sowjetunion an die drei Großmächte, mit einem einheitlichen, demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen, hat bei allen friedliebenden Menschen begeisterte Zustimmung gefunden. In den Dörfern der Deutschen Demokratischen Republik diskutierten Landarbeiter und werktätige Bauern lebhaft über diesen Vorschlag der Sowjetunion.

Unsere Aufgabe als Agitatoren der Partei der Arbeiterklasse besteht jetzt darin, den Menschen in unseren Dörfern die ganze Bedeutung dieses Schrittes der Sowjetunion und seine Auswirkung für die Zukunft des deutschen Volkes zu erläutern.

Während die Kriegsvorbereitungen der amerikanischen, englischen, französischen und deutschen Imperialisten im Westen unseres Vaterlandes immer konkretere Formen annehmen, während die Bonner Regierung gegen den Willen der westdeutschen Bevölkerung mit dem Wehrgesetz und dem Generalkriegsvertrag das deutsche Volk in eine neue Katastrophe hineinmanövrieren will, bringt der Vorschlag der Sowjetunion allen Landarbeitern und Bauern, allen Menschen in Deutschland neue Hoffnung und neue Zuversicht.

Es gibt in Deutschland keinen Bauern, der nicht ernsthaft wünscht, daß Deutschland sieben Jahre nach Kriegsende endlich seinen ihm zustehenden Friedensvertrag erhält. Die Menschen in unseren Dörfern fühlen und wissen, daß ihr friedliches Schaffen auf die Dauer nur gewährleistet ist, wenn jede Gefahr eines neuen Krieges, jede Gefahr einer neuen Zerstörung von Bauernhöfen durch den Abschluß eines Friedensvertrages endgültig beseitigt wird. Daher ist der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland für die deutschen Bauern, für das ganze deutsche Volk von lebenswichtiger Bedeutung. Die 8. Tagung unseres ZK stellt vor allen Mitgliedern unserer Partei daher fest,

„daß der Kampf um die Herbeiführung eines Friedensvertrages für das deutsche Volk in der ganzen gegenwärtigen Periode die zentrale Aufgabe ist.“

Das bedeutet, daß wir als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, als die führende Kraft im nationalen Befreiungskampf unseres Volkes, unsere Anstrengungen verdoppeln müssen, um alle Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik für die Lösung dieser nationalen Aufgabe zu gewinnen. Das wird um so leichter geschehen, je besser es uns gelingt, die ganze Bedeutung des Vorschlages der Sowjetunion allen Menschen in unseren Dörfern verständlich zu erklären.

Der bisherige Stand in der Aufklärungsarbeit über die Note der Sowjetregierung zeigt uns, daß es gelungen ist, alle Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik von der Note der Sowjetunion zu unterrichten. Unsere werktätigen Menschen im Dorf haben jedoch noch viele Fragen, die wir ihnen als Agitatoren unbedingt beantworten müssen.

Noch ist zum Beispiel nicht allen Landarbeitern und werktätigen Bauern klar, welche Bedeutung und welchen Charakter die amerikanischen Interventionstruppen in Westdeutschland und Westberlin haben[^]

Vielfach wird die Größe der Gefahr, die durch den Generalkriegsvertrag und die Einführung des Wehrgesetzes durch die Bonner Regierung in Westdeutschland entsteht, nicht richtig erkannt. In der MAS Karolinenburg, Kreis Hildburghausen, gibt es zum Beispiel Traktoristen und Landarbeiter, die erklären: „Der Generalkriegsvertrag, die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland und der Sdiumanplan — das geht uns nichts an. Die Amerikaner wollen mit uns keinen Krieg führen, sondern haben es nur auf die Sowjetunion abgesehen.“

Diese Äußerung von Traktoristen der MAS Karolinenburg zeigt schlagartig, welche Unklarheiten noch bestehen. Wenn wir unsere MAS zu wirklichen Zentren der Aufklärungsarbeit machen wollen, wenn die werktätigen Bauern nicht nur wirtschaftliche Hilfe, sondern auch ideologische Hilfe von unseren Traktoristen bekommen sollen, dann müssen unsere Parteileitungen und vor allen Dingen unsere Kreisleitungen auf diese Stationen ihr Augenmerk richten und dafür Sorge tragen, daß es in diesem Kampf um den Friedensvertrag keinen Traktoristen mehr geben kann, der nicht weiß, auf was es in der jetzigen Periode ankommt.

Natürlich wollen die amerikanischen und deutschen Imperialisten den Krieg gegen die Sowjetunion organisieren, wie es Herr Hallstein bei seinem Besuch in den USA ganz klar ausgesprochen hat. Herr Professor Hallstein, Staatssekretär im Bonner Außenministerium, ist als Beauftragter der Bonner Regierung, nach vorheriger Rücksprache mit Adenauer, in die USA gereist. Dieser Vertreter des Bonner „Außenministeriums“ erklärte einen Tag nach Bekanntwerden der Note der Sowjetunion vor amerikanischen Pressevertretern, daß er für eine „Neuordnung in Europa“ sei, die sich bis zum Ural erstrecken soll. Das sind dieselben Töne, die schon einmal von den Hitlerfaschisten in Deutschland benutzt wurden, um das deutsche Volk zum Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten. Für diese „Neuordnung“ aber, so sieht es der Generalkriegsvertrag vor, und das Wehrgesetz in Westdeutschland ist ein Mittel dazu, sollen die Deutschen die größten Kontingente an Menschen stellen.

Die Erfahrungen in Korea zeigen, daß die Imperialisten nicht nach den Interessen des koreanischen Volkes fragen und auch in Deutschland nicht danach fragen werden. So wie sie die Felder und Dörfer der koreanischen Bauern verwüsten, genau so würden sie — wenn es das deutsche Volk nicht verhindert — auch die Dörfer und Felder der deutschen Bauern vernichten. Nur ein Narr könnte also annehmen, daß das deutsche Volk bei diesem beabsichtigten Kriegsabenteuer ungeschoren bleiben könnte. Ob aber die Pläne der Kriegstreiber Wirklichkeit werden, das bestimmen nicht die amerikanischen, englischen, französischen und deutschen Imperialisten, sondern das bestimmt die deutsche Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern, das bestimmen alle patriotischen Kräfte in Deutschland. Von ihrer aktiven Tätigkeit hängt es ab, wie lange diese Kriegstreiber noch in Deutschland ihr Unwesen treiben können. Es kommt also darauf an,

1. allen Menschen in Deutschland zu zeigen, welche Gefahr für ganz Deutschland besteht,
2. den Menschen zu zeigen, welche Perspektiven sich durch den Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland ergeben, und